

2. Einleitung: Eine im Kern politische Krise ...

2. August 2013: Der ehemalige Ministerpräsident Silvio Berlusconi wird wegen Steuerhinterziehung letztinstanzlich zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Davon muss er aber nur ein Jahr in Hausarrest verbringen oder eine gemeinnützige Arbeit verrichten. In einer Videobotschaft kritisiert er das Urteil als Beweis für eine internationale Verschwörung des Justizapparates über Italien hinaus und kündigt an, mit seiner eigenen Partei Forza Italia wieder zur Wahl antreten zu wollen. Im Fall eines Wahlsiegs wolle er den Justizapparat gründlich reformieren. Die nach den Wahlen 2013 gebildete Notstandskoalition aus sozialdemokratischer PD und der Partei Berlusconis steht vor einer schweren Belastungsprobe, Neuwahlen nicht ausgeschlossen. Paradigmatisch für diese Zeit steht die Reaktion der Börsen auf dieses Ereignis als eine Art Indikator für Politik im Zentrum der medialen Berichterstattung. Und wie reagieren die Börsen?

»Die Analysten waren in Reaktion auf das Urteil zwiespalten: Während Bernstein-Analyst Claudio Aspesi davon ausgeht, dass die politischen Spannungen in Italien nun wieder zunehmen dürften, zeigten sich die Volkswirte der Berenberg Bank relativ entspannt. >Das Urteil ist zwar eine Herausforderung für die Regierungskoalition von Ministerpräsident Enrico Letta, aber auseinanderbrechen sollte sie deswegen erst einmal nicht.< Auch Clairinvest-Fondsmanager Ion-Marc Valahu sieht keine unmittelbare Gefahr für das zerstrittene Bündnis aus der sozialdemokratischen Demokratischen Partei (PD) und Berlusconis PDL. >Ich bin weiterhin optimistisch für die Märkte der Peripherie – der Mailänder Index hat noch Luft nach oben.<<¹

Berlusconi ist einer der profiliertesten Rechtspopulisten in Europa, der dabei allerdings seine ganz eigene Variante aus Medienmacht, Chauvinismus, autoritärer Führung und Rassismus entwickelt hat. Er war und ist ein Mann mit Einfluss auf die europäische Politik. Und genau darin liegt das eigentliche Problem.

Wie prägen und begründen diskursive Muster, die rechtspopulistischen Parteien und Strömungen zugerechnet werden können, den politischen Diskurs zur Finanzkrise und die politischen Entscheidungen? Wie verändern sich dadurch die Machtverhältnisse innerhalb der Demokratien und ihre Struktur – und unsere Vorstellungen davon, was aus den Demokratien werden könnte? So lauteten die Fragen, die den Anstoß für die Untersuchungen und Texte gegeben haben, die in diesem Buch versammelt sind.

Im Fokus steht die politische und soziale Situation in Deutschland und Österreich, doch wird auch versucht, eine europäische Perspektive einzunehmen. Es geht

¹ Zitiert nach: <http://boerse.ard.de/anlagestrategie/regionen/berlusconi-urteil-macht-italiens-boerse-ratlos100.html> (Abruf: 5.8.2013).

mir dabei um *politische Analysen* mit den Mitteln der kritischen Diskursanalyse, also darum, die Wirksamkeit des Rechtspopulismus auf die Deutungen der Krise, ihrer Auswirkungen und Folgen zu untersuchen – und darüber hinaus Thesen über dessen Wirksamkeit in den Regierungspraktiken zu begründen.²

Nehmen wir zum Einstieg in die Problematik folgende Textpassage:

»Wer sich der Politik verschworen hat, muss aus den Zeichen lesen können. [...] Wer regiert, weiß, dass alles seine bestimmte Zeit hat. Aus den Zeichen weiß er, wann die Zeit zum Reden und die Zeit zum Schweigen ist. [...] Wer die Zeichen der Zeit zu lesen vermag, der kann sie lesen. Eine Welt neuer Gesetze kommt auf den europäischen Kontinent zu. Das erste Gebot dieser im Entstehen begriffenen neuen Welt lautet: Die Starken vereinigen sich, die Schwachen zerfallen, das heißt, die Angehörigen starker Nationen halten zusammen, die der schwachen Nationen laufen auseinander. Ich wünsche jedem Ungarn, dass er Ohren haben möge, zu hören – und dass er die Zeichen lesen möge.«³

Das in dieser Rede aufgerufene Volk müsse im Überlebenskampf mit den anderen europäischen Völkern bestehen, und nicht nur das, es müsse auch dafür sorgen, dass es dabei zu den Starken gehört, damit die Nation nicht zerfällt. Der Sprecher, ein Politiker, der dies prophezeit, begibt sich in die Position des Zeichenlesenden, er wird rhetorisch zum nationalen Magier, der seinen Landsleuten die Zeichen der Zeit deutet und ihnen nahe legt, in den Wettbewerbskampf in Europa einzutreten. Das Ziel ist klar: Die Nation muss kräftiger werden, um eins zu werden.

Man könnte meinen, dass das eine Rede eines faschistischen Führers einer entsprechenden Sekte wäre, gehalten am Lagerfeuer, um seine Horde auf einen bevorstehenden Kampf einzuschwören; doch sind es die Worte eines europäischen Staatsführers einer konservativen Mehrheitspartei. Sie stammen aus der Einweihungsrede des ungarische Ministerpräsidenten Viktor Orbán für eine Turulstatue in Ópusztaszer am 29.9.2012. Orbán ist zum jetzigen Zeitpunkt Vorsitzender der ungarischen Regierungspartei Fidesz, seit 2002 Vizepräsident der Europäischen Volkspartei und einer der Vizepräsidenten der Christlich Demokratischen Internationalen; ein Turul ist eine mythische Vogelgestalt, irgendetwas zwischen einem Adler und einem Falken, und er wird als Symbol von faschistischen Gruppierungen verwendet. Im Ort Ópusztaszer wurde ein solches Denkmal errichtet und vom Ministerpräsidenten mit den zitierten Worten eingeweiht.

Die europäische Finanzkrise bildet eine Hintergrundfolie der Rede, auf sie wird angespielt, indem sie als Verdrängungswettbewerb gedeutet wird, der im Sinne ei-

2 Vgl. Jäger 2012.

3 Quelle: http://orbanviktore.hu/beszed/az_eros_nemzetek_tagjai_osszefognak; zitiert nach Übersetzung bei Pusztaranger: <http://pusztaranger.wordpress.com/2012/10/06/viktor-orbans-blut-und-boden-rede-dokumentation-und-kommentar/>.

nes Entscheidungskampfes zu verstehen ist; auch wird darauf hingewiesen, dass in Europa neue Gesetzmäßigkeiten im Entstehen seien.

Dieser Redeauszug wird eingangs vorgestellt, um zum einen deutlich zu machen, dass es sich bei der Fragestellung nicht um politische Randphänomene handelt, sondern dass wir über derzeitige Regierungsweisen in Europa nachdenken und über die Art und Weise, wie sie sich darstellen und begründen. Zum anderen soll das Zitat die Probleme theoretischer Natur verdeutlichen, die sich beim Bearbeiten der Fragestellung ergeben haben und über die ich in dieser Einleitung berichten möchte. Und auch darüber, wie ich denke, sie lösen zu können.

Diese tauchten auf, als im Verlauf der Arbeit mit dem diskursiven Material bald klar wurde, wie durchsichtig die >ideologische< Natur der herrschenden politischen Diskurse ist – und wie schnell und problemlos darin auf rechtspopulistische Muster zurückgegriffen wird. Politik sei wesentlich ein Kampf ums Überleben der Gemeinschaft, andere Nationen werden als potentiell feindliche Konkurrent_innen wahrgenommen, die >uns< bedrohen, deshalb müssten >wir< stark, fit und vital werden – solche hier resümierten Krisendeutungen sind mit rechtspopulistischen Mustern durchsetzt bzw. diskurstaktisch spielend leicht in diese Richtung zu >drehen<, so lautete das Resultat der empirischen Forschung.

In Viktor Orbáns Rede – immerhin hatte Ungarn unter seiner Führung 2011 die Ratspräsidentschaft der EU inne – werden dementsprechend die Kräfteverhältnisse zwischen den Staaten in der Europäischen Union (EU) in einen Bedeutungsraum >verschworener< Gemeinschaften, die miteinander in einem Kampf um Leben und Tod liegen, verschoben und verdichtet. Warum finden solche Verschiebungen und Verdichtungen statt?

Wird das von den herrschenden Klassen und >ihren< Politiker_innen absichtlich eingesetzt, um die >kleinen Leute< national zu versammeln, ruhig zu stellen und mit rassistischen und mythischen Alltagsthemen zu beschäftigen, während sie die sozialen Auswirkungen der Umstrukturierungen und Reformen ertragen sollen? Oder gibt es dafür systematische Gründe, die in der Struktur des rechten Populismus, in der aktuellen Form der Demokratie oder in den herrschenden Erklärungen der Wirtschaftskrise begründet sind? Denn diese sei, so die vom rechten Populismus infizierte Redeweise, das Ergebnis eines kulturell begründeten, zu geringen Sparwillens der südlichen Länder in Europa und ihrer Vorliebe für das Genießen. Aufgrund ihrer kulturell bedingten und politisch nicht änderbaren Schwächen, so könnte die Rede Orbáns ergänzt werden, seien diese Nationen eben zu den schwachen Nationen zu zählen, die daher zu Recht untergehen würden.

Wenn das eine unzutreffende, aber populär sehr wirksame Deutungsversion ist, wie ist dann die Finanzkrise in Wahrheit einzuschätzen? Was sind ihre treibenden Kräfte? Wie sind ihre möglichen Ausgänge? Wie können an kritischer Analyse und Reflexion Interessierte sich Zugang zu den richtigen Gründen verschaffen? Nur

durch Infragestellen und dadurch, dass man sich im wissenschaftlichen Diskurs orientiert.

Kritische, an der Theorie von Marx orientierte Reflektionen der Krise greifen auf Erklärungsmuster zurück, wonach *das* Kapital als quasi subjekthafter Akteur (der eigentlich doch ein soziales Verhältnis ist) ein »finanzdominiertes Akkumulationsregime« als Lösung der Widersprüche des vorherigen fordistischen Regimes installiert habe, wobei, dialektisch gedacht, die Widersprüche sich nicht gelöst hätten, sondern sich auf einer höheren Ebene reproduzieren würden.⁴ Daher die Krise. Elmar Altvater wiederum sieht diese Phase als überwunden an und konstatiert, dass sich der

»finanzgetriebene Kapitalismus [...] unter den Sachzwängen der Krise in einen staatsgetriebenen Kapitalismus [verwandelt]. Die »software« wird ausgetauscht. Der Staat operiert dabei nicht als demokratischer Bürgerstaat, sondern im Interesse der Verwertung von Kapital, der Renditen von Finanztiteln, der Stabilität von Finanzinstituten [...]. Denn die Krise hat längst das Finanzgehege verlassen und den Limes in Richtung realer Ökonomie überschritten; sie wächst sich – die Befürchtungen der Pessimisten bestätigend – zur schweren Wirtschaftskrise aus.«⁵

Die Krise (»Sachzwänge der Krise«) habe also »den Staat« zugleich absorbiert und widerstandslos zum dominanten Handlanger der Verwertungsinteressen des »Kapitals« gemacht. Doch was wäre dann noch dieser Staat? Warum ist für »das Kapital« dieser kostspielige und schwerfällige Umweg nötig? Warum regeln sich die Märkte nicht einfach alleine? Warum bedürfen sie dieser Verkleidung? Jedenfalls haben solche Ansätze, von denen hier zwei genannt worden sind, sicher eine gewisse Plausibilität, sie beruhen aber offenbar auf Vorannahmen, die sich nicht mehr auf die Ebene politischer Kämpfe anwenden lassen, ohne die letztgenannten völlig ihrer Möglichkeiten zu berauben. Für meine Untersuchung habe ich deshalb einen anderen Weg der Analyse gewählt und hoffe, dass er ebenso einige Plausibilitäten für sich beanspruchen können wird.

Zu dieser Problematik kommt hinzu, dass sowohl das Phänomen des Populismus als auch das des rechten Populismus kein klar umrissenes Forschungsfeld darstellen. So wurde unlängst festgestellt, dass es keine generelle Theorie *des* Populismus geben könne⁶ und man deshalb davon nur ganz theorielos, empirisch beschreibend reden könne. Was insofern zutreffen scheint, wenn man sich die entsprechenden Gruppierungen in Europa anschaut, die instabil und heterogen sind, von denen einige kommen und gehen, andere jedoch in ihrem politischen System zum konstanten Faktor werden konnten (so etwa in Österreich und der Schweiz, ebenso in den Nie-

⁴ So etwa Demirović/Sablowski 2012, S. 77-106.

⁵ Altvater 2010, S. 6f.

⁶ So von Beyme 2013, S. 34.

derlanden und in Ungarn). Die Daten der Wahlergebnisse der vergangenen Jahre und die Präsenz ihrer Themen in der medialen Öffentlichkeit sprechen dennoch für eine »Renaissance des Rechtspopulismus«, der als ein »Aufstand der Eliten« charakterisiert wird – eine Aussage, die ich nicht teile, weil sie nur einen Teil des Phänomens umfasst.⁷ Diese Heterogenität rechtspopulistischer Gruppierungen in Europa wird im *achten Kapitel* analysiert, und es wird dabei ein besonderes Augenmerk auf die Rolle der Medien als Verstärker und Verdichter populistischer Muster gelegt.

Wie lässt sich da festmachen, welche Gruppierung und welche Diskurse momentan relevant sind – und welche relevant bleiben werden? Genau das ist die Aufgabe einer politischen Analyse, und für diese Aufgabe ist die Wahl des theoretischen Bezugsrahmens wichtig. Somit würde vielleicht ein theoretisch angeleiteter Zugang zum Phänomen des rechten Populismus dennoch möglich werden.

Im *dritten Kapitel* wird die sogenannte Euro-Finanzkrise als eine Krise der neoliberalen Regierungsweise und des institutionellen Arrangements in Europa skizziert, es handelt sich demnach um eine *im Kern politische Krise*, die 2013 nicht zu Ende ist und deren Ausgang ich weder zeitlich noch substantiell absehen kann. Das einführende Zitat Orbáns lese ich daher als ein Symptom dieser politischen Krise, deren möglicher Ausgang eine neofaschistische, bürgerliche Regierungsweise werden könnte, die mit Zwang und rhetorischer Gewalt den »Volkswillen« im Entscheidungskampf zu formen versucht und mit diesen Mitteln auch für dessen Einheit und Stärke sorgen würde.

In Teilen Europas toben derzeit soziale und politische Auseinandersetzungen um die sozialen und ökonomischen Folgen der Krise. In vielen Ländern gehen die Menschen gegen ihre Regierungen auf die Straßen, wenn diese die nächsten harten Einschnitte der Austeritätspolitik durchsetzen wollen, sie streiken gegen Lohnsenkungen, sie engagieren sich in Occupy-Camps und in vielen anderen Aktionen – diese Kämpfe sind *zugleich* Kämpfe um die *Interpretation* der Finanzkrise, ihrer Ursachen und wie angemessen reagiert werden sollte. Deutungskämpfe spielen sich sowohl in den Debatten verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen als auch in den Zeitungsspalten, in Internetforen, in Kommentaren im Fernsehen und auch in den Regierungsapparaten selber ab. Diese Auseinandersetzungen finden jedoch nicht unter gleichen Bedingungen statt, wie in einem Wettkampf, wo nur die körperlichen und mentalen Kräfte (oder das geschickte Doping) über Sieg und Niederlage entscheiden würden. Im politischen Kampf um Bedeutungen geht es darüber hinaus um die Beschaffenheit des Spielfelds selbst.

Institutionen, in Prozeduren und Normen geronnene politische Kämpfe, sind dennoch keine homogenen Akteure in den Kämpfen, sondern sie sind intern ebenso umstritten. Sie sprechen auch nicht mit einer Stimme, trotzdem verfügen sie über

⁷ Vgl. Becher 2013.

einige Möglichkeiten, die Regeln der Kämpfe zu setzen und das Spielfeld mit zu gestalten.

In EU-Europa ist eine Loslösung der politischen Institutionen der Europäischen Union aus ihren nationalen, sozialen und diskursiven Bindungen eingetreten, diese bilden eine eigene europäische Kultur und Vorstellungswelt, eine Art europäischer Universalität, in der die EU-Beamten und Entscheidungsträger_innen leben, denken, arbeiten und handeln. Zugleich stellen sich diese Institutionen – zum Beispiel die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission, aber auch der Europäische Rat – außerhalb einer demokratischen Diskussion und Legitimation, indem sie Sachzwänge, Notwendigkeiten und unhinterfragbare Strategien als Begründungen für ihre politischen Entscheidungen angeben, für die sie über keine oder nur über eine schwache formal-demokratische Legitimation verfügen.

Deshalb können sie, im Sinne Carl Schmitts, in Krisenzeiten zwar souverän handeln, doch keineswegs demokratisch. Eine ex-post Legitimation der sogenannten ›Rettungsmaßnahmen‹ durch Wahlen zum europäischen Parlament und demoskopische Umfragen taugen nicht für eine demokratischen Legitimation. Politisch vermittelt, interpretiert und diskutiert wird die Krise, die Frage nach Ursachen und entsprechenden Maßnahmen weiterhin auf nationaler Ebene, und dort jeweils im Rahmen der nationalen politischen Kulturen, Kräfteverhältnisse und Selbstverständlichkeiten.

Also: Sachzwänge, die die Entscheidungen zur Krisenbewältigung begründen, entstehen auf der Ebene der europäischen Institutionen und der dortigen Kräfteverhältnisse, werden aber im nationalen Rahmen begründet und diskutiert. Dieser Widerspruch ist ein erster und unmittelbarer Zugriffspunkt für rechten Populismus, da er permanent die nationale Ebene gegen die europäische setzt und rhetorisch gegeneinander ausspielt, so wie Viktor Orbán es in seiner Rede implizit getan hat.

Im *vierten Kapitel* dieser Untersuchung werden anhand von Beispielen aus Österreich und Deutschland die Strategien des rechten Populismus und seine diskursiven Muster herausgearbeitet. Unter anderem aufgrund dieser Loslösung der EU-Institutionen kann er sich weiterhin als rebellischer Diskurs präsentieren. Obwohl rechtspopulistische Parteien zumeist ›part of the game‹ sind, wird ihnen eine imaginäre Rebellion geglaubt, weil die Entgegensetzung *Nation versus Europa* mit möglichen Alltagserfahrungen korrespondiert, in denen die Leute ja weiterhin als Angehörige einer Nation behandelt und angerufen werden. Dementsprechend ist es ein Leichtes, die Regierung durch die Institutionen der Europäischen Union als unrechtmäßige Eingriffe fremder Mächte darzustellen und die als ebenso unrechtmäßig bezeichnete Anwesenheit von Fremden damit diskursiv zu verkoppeln. So verwendet die österreichische FPÖ den Slogan vom »EU-Diktat«, gegen den man sich in Österreich zu wehren habe, mit dem komplementären Aufruf: »Österreich zuerst!« und im Wahlgang 2013 den Slogan der »Nächstenliebe«, allerdings nur

den Österreicher_innen gegenüber ausgeübt werden sollte. Dieser Imperativ kann zugleich als anti-europäisch und rassistisch verstanden werden.

Eine *eigene rechtspopulistische Regierungsweise* ist dabei teilweise erkennbar. Jedenfalls lässt sich an den zwei Fallbeispielen Österreich und Ungarn ein typisch neoliberales Vorgehen der jeweiligen Regierungen festmachen. Im Falle Österreichs setzte etwa die schwarz-blaue Koalitionsregierung von 2000 bis 2006 im Wesentlichen die Tendenzen der großkoalitionären Vorgängerregierungen fort. Was diese Regierung von den anderen unterschieden hat, waren die veränderten diskursiven Vorzeichen und das deutliche Ansteigen schwerer Korruptionsfälle. Im Falle Ungarns ist noch am ehesten eine besondere rechtspopulistische Regierungsweise erkennbar, was unter anderem daran liegt, dass hier die regierende Mehrheitspartei Fidesz über eine verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit verfügt, die sie auch nutzt. Sie besteht aus einer Kombination aus der Konstitution eines autoritären Staates, institutionellem Rassismus besonders gegen Sinti und Roma mit einer ›unorthodoxen‹ Wirtschaftspolitik.

Zwar scheint es mir von heute (Juli 2013) aus gesehen wahrscheinlich, dass es sich bei der Finanzkrise um eine »kleine Krise« mit weit reichenden sozialen und politischen Auswirkungen handelt, wie Ingo Stützle und andere Vertreter_innen der kritischen politischen Ökonomie feststellen, die zu veränderten institutionellen Arrangements führen wird, welche aber noch im Rahmen des neoliberalen Regierungshandeln ›gelöst‹ werden könnten. Möglich ist aber dennoch, dass die sozialen Kämpfe, die im Verlauf der Krise europaweit an Vehemenz und Stärke gewinnen und die oft einen nicht-expliziten Bezugspunkt in den hier untersuchten politischen Aussagen und Praktiken darstellen, ›plötzlich‹ einen Punkt erreichen, von dem aus eine ganz andere Richtung eingeschlagen wird. Dazu könnten auch die inneren Widersprüche in den Regierungs-Arrangements und in den Reflexionen der die Politik beratenden Zirkel beitragen, die ja keineswegs mit einer Stimme sprechen, sondern die gespalten sind.

Eine Rede der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, deren Partei CDU zum gleichen europäischen Parteienverbund gehört wie die ungarische Fidesz, wird sich dieser mythischen Worte ihres konservativen Kollegen nicht bedienen, sie redet nicht dem Kampf der Nationen, sondern der ›Wettbewerbsfähigkeit‹ das Wort. Hier liegen nicht einfach zwei verschiedene Bezeichnungen für die gleiche Sache vor, sondern es wird ein unterschiedlicher Bedeutungsraum aktiviert.

Im *fünften Kapitel* wird deshalb der deutsche Regierungsdiskurs anhand einer Bundestagsrede von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die als »Klartext-Rede« bekannt wurde, untersucht; die strukturellen Anschlussstellen für rechtspopulistische Diskurse im deutschen Diskurs der Dominanz werden herausgearbeitet. Das alleine ist aber für eine politische Analyse nicht ausreichend, weil solche Diskurse zudem innerhalb der Kräfteverhältnisse und der sozialen Kämpfe zu situieren sind.

Womit wir wieder beim eingangs genannten Punkt, der Frage nach der geeigneten Theorie wären. Für eine solche Analyse von Rechtspopulismus und seiner Wirksamkeit in der Finanzkrise scheint mir ein Zugang entlang der theoretischen Linie Gramsci-Foucault geeignet. Diese Wahl möchte ich nunmehr begründen.⁸

Mein erstes Argument richtet sich gegen den Ökonomismus, der sowohl in einer marxistischen als auch bürgerlichen Variante seit der Finanzkrise diskursiv prägend ist, der die Vorstellung propagiert, dass die Logiken der Ökonomie, seien es die des Kapitals oder die der Märkte, die Politik, das staatliche und soziale Handeln vollständig determinieren würden. Diese Erklärungsmuster lassen, so Gramsci mit Bezug auf Friedrich Engels,

»viele glauben, sie könnten billig und ohne jede Mühe die gesamte Geschichte und die gesamte politische Weisheit in der Tasche haben. Indem man vergessen hat, daß die These von Marx – daß die Menschen auf dem Terrain der Ideologien Bewußtsein von den grundlegenden Konflikten erlangen – einen organischen Sinn hat, eine erkenntnistheoretische und keine psychologische oder moralische These ist, hat man die Denkform hervorgebracht, die Politik und folglich die gesamte Geschichte als einen Schwindel, ein Spiel von Illusionismen und Tricks zu betrachten. Die gesamte kulturelle Aktivität hat sich so darauf reduziert, Betrügereien zu »enthusüllen«, Skandale aufzurühren, in den Taschen der Politiker zu graben. Natürlich waren die Interpretationsfehler manchmal grobschlächtig und wirkten dadurch negativ auf das Prestige der ursprünglichen Lehre. Deshalb muß man gegen den Ökonomismus nicht nur in der Theorie der Geschichtsschreibung kämpfen, sondern auch in der politischen Theorie und Praxis. Auf diesem Feld muß die Gegenreaktion auf dem Terrain des Hegemoniebegriffs geführt werden, so wie sie praktisch bei der Entwicklung der Theorie der politischen Partei und bei der praktischen Entwicklung des Lebens bestimmter politischer Parteien geführt worden ist.«⁹

8 Damit positioniere ich mich in der Diskussion, ob Neoliberalismus noch mit dem Begriff der Hegemonie angemessen analysiert werden kann (dazu kritisch Demirović 2013) in einer mittleren Position. Ich sehe keinen grundlegenden Widerspruch zwischen einer diskursiven Dominanz, den selbstunterwerfenden Alltagspraktiken der Individuen und dem Hegemoniedenken bei Gramsci. Neoliberale Hegemonie (oder Dominanz) funktioniert tatsächlich nicht als klassisches hegemoniales Bündnis, genau so wie Gramsci es gedacht hat, wonach die »Subalternen« einen Kompromiss errungen hätten, in dem sie repräsentiert sind und den sie »verinnerlichen« würden. Dennoch sind die Subalternen in der neoliberalen Hegemonie (oder Dominanz) repräsentiert und erkennen sich in dieser Repräsentation auch wieder. Weiterhin gibt es in der neoliberalen Hegemonie (oder Dominanz), ganz gramscianisch, ausgeschlossene politische Kräfte, die gegen-hegemonial arbeiten. Dass Neoliberalismus auf der alltagspraktischen Ebene besonders wirksam ist, scheint mir im Übrigen kein Widerspruch zu Gramsci zu sein, der diesen Aspekt von Hegemonie immer wieder ausführt und analysiert, sondern dieser Umstand begründet die diese Analyse weiterführende Linie zu Michel Foucaults Machtanalytik. Vgl. auch Oberndorfer 2012 sowie zusammenfassend Kastrup 2013.

9 Gramsci 1991-2002: Gefängnishefte (GH), Heft 4, §38 [= Bd. 3, 1992, S. 502].

Gegen eine ökonomistische Vorgehensweise in der Analyse der Krise sprechen aus meiner Sicht zwei Gründe: Einer bezieht sich auf die Wirksamkeit politischen Handelns. Denn Politik in diesen Zeiten wirkt auf offene, zu gestaltende Gegebenheiten, was bedeutet, dass keine feststehenden Logiken angenommen werden können, die sich in der Politik einfach abspulen und die die kritischen Wissenschaftler_innen im Geschehen nur ablesen und den jeweiligen sozialen Gruppen zuordnen müssten, als Zeichendeuter der grundlegenden politischen Ökonomie sozusagen.

Dieser Einwand richtet sich auch gegen die im Sinne des obigen Zitates vereinfachte ›marxistische‹ Architektur von (ökonomischer) Basis und (ideologischem) Überbau, die mehr die Erkenntnis verstellt als zu ihr beiträgt. Hinzu kommt ein systematischer Aspekt hinsichtlich der Wirksamkeit von Politik: Im Verlauf politischer Auseinandersetzungen kann tatsächlich etwas Neues entstehen. Neu, das bedeutet, von einem zeitgenössischen Zeitpunkt aus gesehen, ›unerwartet‹ und ›unbekannt‹. Meiner Meinung nach sollte eine politische Analyse deshalb weder einfach nur nacherzählen, was passiert (und das ist leider der derzeitige Zustand der unkritischen Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum), noch im Rückgriff auf ökonomistische und funktionalistische Modelle Veränderungen als bereits im System angelegt weg erklären oder aber als außerhalb des Geltungsbereichs der Theorie befindlich systematisch ausschließen.

Politik greift auf zwei Weisen auf die Realität einer Gesellschaft zu: die der Verwaltung und Regierung, welche mit Gesetzen, Regeln und Konstanten arbeiten, die sie setzen und bearbeiten, und die des Kalküls, das sich auf die Ereignisse und das Unerwartete einzustellen versucht, das *in* diesen Fixierungen – angetrieben durch die sozialen Kämpfe – entsteht.¹⁰

Der Begriff der Hegemonie, den Gramsci in der oben wiedergegebenen Passage gegen den Ökonomismus ins Feld führt, leitet sich aus einer Paraphrasierung von Marx ab, in der dieser Ideologie als die Sphäre ausmacht, in der die Menschen ihre sozialen und politischen Kämpfe austragen, auf allen Ebenen, also sowohl im Überbau als auch in der Basis. Wenn diese Kämpfe eine reale Bedeutung haben sollen und nicht nur Gegebenes einfach nachvollziehen, dann müssen die jeweiligen Kräfteverhältnisse, Diskurse und Strategien in Betracht gezogen werden, die in diesen Kämpfen wirksam sind – und deren Effekte. Ideologie verschiebt und verdichtet diese Kämpfe, was in dem Zitat Orbáns überdeutlich zu erkennen ist (aber sich in den Reden von Merkel weniger offensichtlich zeigt, aber dennoch am Werke ist). Hegemonie eröffnet die politischen Kampfplätze, die natürlich keine weißen Fle-

10 »Was ist schließlich die Politik, wenn nicht zugleich das Spiel dieser verschiedenen Regierungskünste mit ihren verschiedenen Registern und die Debatte, die diese verschiedenen Regierungskünste entfachen? Hier scheint mir der Geburtsort der Politik zu liegen.« (Foucault 2006b, S. 429f.)

cken sind, sondern eher ein strukturiertes, zusammenhängendes Gewebe, in dem es sich dennoch bewegen lässt.

Das zweite Argument bezieht sich direkt auf das »politische Projekt der Austerität« (Stützle), das in Europa die keynesianische Ära der 1970er Jahre abgelöst hat und seither dominiert. Der Hauptgrund für die europäische Wirtschaftskrise liege in der überbordenden Staatsverschuldung mehrerer, zumeist südeuropäischer Staaten, so wird seit 2008 täglich betont. Deshalb müssten Strukturreformen, Einsparungen und eine rigide Haushaltspolitik angewendet werden, die in den betreffenden Ländern, die von der EU Kredite aufnehmen müssen, um als Staaten funktionsfähig zu sein, von einer überstaatlichen Institution (der Troika) kontrolliert werden – ein Gremium, das aufgrund einer in der Finanzwelt üblichen Ermächtigung agiert, weil es ein Machtverhältnis *Gläubiger versus Schuldner* ins Werk setzt. Das dabei formulierte und durchgesetzte Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes, das das zentrale Krisenerklärungsmoment ist und zugleich die politische Handlungsmaxime bildet,

»ist zugleich Leitbild staatlichen Handelns und politisches Projekt. Als politisches Projekt kann eine konkrete politische Initiative gelten, die sich selber als Lösung drängender sozialer, ökonomischer und politischer Probleme darstellt. Ein solches Projekt hat die Funktion, verschiedene soziale Kräfte durch ein »messianisches Moment« zu versöhnen. Als zentrales strategisches Leitbild markiert es einen diskursiven Knotenpunkt, auf den sich alle Akteure beziehen müssen, wollen sie in der politischen Auseinandersetzung anerkannt werden. Und mehr noch: Das ordnungspolitische Leitbild des ausgeglichenen Staatshaushaltes strukturiert unmittelbar die politischen Handlungsmöglichkeiten.«¹¹

Austerität als politisches Projekt reicht konzeptionell zurück in den deutschen Ordoliberalismus der 1930er und 1940er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Ausgearbeitet von Intellektuellen der sogenannten Freiburger Schule im engen und im weiten Sinne,¹² deshalb teilweise bereits in der Zeit des Nationalsozialismus in den Regierungsapparaten angedacht, im Nachkriegsdeutschland durch das Wirtschaftsministerium und einem engen, beratenden Zirkel (dem Wissenschaftlichen Beirat des Wissenschaftsministeriums) umgesetzt, wurde der Ordoliberalismus vom damaligen CDU-Wirtschaftsminister und kurzzeitigen Bundeskanzler Ludwig Erhard politisch umgesetzt und kommuniziert. Die »soziale Marktwirtschaft« ist eine Regierungsweise, in der es darum geht, die Bedingungen für den Wettbewerb politisch herzustellen, die dabei die Preisstabilität in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit rückte, die »marktkonforme Handlungen« des Staates zu konzipieren suchte und eine individualisierende Sozialpolitik anvisierte. Diese Denk- und Handlungsweisen sind (noch) nicht das Austeritätsprojekt, aber sie sind für das Vorgehen und die Zielsetzungen der führenden deutschen Politiker_innen

¹¹ Stützle 2013, S. 13f.

¹² Diese Differenzierung der Freiburger Schule folgt Hesse 2007.

im Rahmen der Europäischen Union grundlegend, gleich welcher politischen Partei sie angehören.

Im Zuge der »Europäisierung der Geldpolitik« (Stütze) bildete sich in den 1980er Jahren das Ziel der ausgeglichenen Staatsfinanzen im europäischen »Eliten-diskurs« heraus, wobei sich die etablierte »deutsche Stabilitätskultur« gegen Widerstände anderer Länder politisch durchgesetzt hat.

Um die Wirkungen dieses Komplexes aus Macht und Wissen zu analysieren, wird in den *Kapiteln sechs, sieben und acht*, in denen verschiedene Facetten des Wechselspiels zwischen neoliberaler Dominanz und rechtem Populismus untersucht werden, methodisch auf die Studien zur Gouvernementalität Michel Foucaults zurückgegriffen. Diese sind in der deutschsprachigen Rezeption bislang produktiv benutzt worden, um die neoliberalen Subjektivierungsweisen des »unternehmerischen Selbst« (Ulrich Bröckling) zu analysieren, oder aber, um dessen unvollendet gebliebene Forschungsrichtung der Biopolitik hinsichtlich der Gen- und Reproduktionsmedizin aufzunehmen und weiter zu führen (Thomas Lemke). Foucaults Untersuchungen zum Neoliberalismus deutscher und amerikanischer Prägung deshalb, weil in ihnen der innere Zusammenhang von Wettbewerbsstaat und »Gesellschaftspolitik« herausgearbeitet wird, der für die Fragestellung nach der Wirksamkeit des rechten Populismus einschlägig ist, da rechter Populismus eine politische Technologie ist, eine Technologie, die die Bevölkerung eines Landes bearbeitet, um sie zu ganz bestimmten »politischen« Subjekten mit ganz bestimmten politischen und sozialen Zielen zu machen – auf diese Weise gestaltet er die Gesellschaften um.

Zudem schlägt Foucault in dieser Vorlesungsreihe methodische Prämissen vor, die einen geeigneten Anknüpfungspunkt bieten. Ausdrücklich hat er die Geschichte des Ordoliberalismus analysiert, um aus einem historischen Abstand heraus in die zeitgenössischen Debatten um die »Natur« politischer Herrschaft zu intervenieren, die Ende der 1970er Jahre in Frankreich prägend waren. Besonders kritisch setzt er sich mit einem analytischen Zugang auseinander, der den Staat als ein überhistorisches, bürokratisches und allmächtiges Gebilde ins Zentrum der Analysen rückt, der souverän und autoritär von oben nach unten durch regieren würde. Stattdessen begreift Foucault Staatlichkeit umgekehrt, von unten, von der Gesellschaft ausgehend, als einen »Effekt sozialer Praktiken und von Technologien des Regierens«.¹³

Damit geht auch eine methodologische Vorsicht einher, mit der Foucault in diesen Vorlesungen arbeitet. Denn auch, wenn man erkennen kann, dass Austerität ein politisches Projekt ist, sollte für die Analyse desselben so wenig staats-theoretischer Ballast als möglich aufgenommen werden.

13 Krasmann/Volkmer 2007, S. 11.

»Vielmehr handelt es sich darum, nachzuweisen, durch welche Interferenzen eine ganze Reihe von Praktiken [...] es schaffen konnten, daß das Nichtexistierende [...] dennoch zu etwas wird, etwas, das jedoch weiterhin nicht existiert. Das ist kein Irrtum – wenn ich sage, daß das Nichtexistierende zu etwas wird, dann heißt das nicht: Es geht darum zu zeigen, wie ein Irrtum tatsächlich aufgebaut werden konnte, sondern ich möchte zeigen, inwiefern es eine bestimmte Herrschaft der Wahrheit und folglich kein Irrtum war [...]. Es handelt sich nicht um eine Illusion, da es gerade eine Gesamtheit von Praktiken, und zwar wirklichen Praktiken war, die diese Herrschaft begründet hat und sie unabweislich in der Wirklichkeit in Erscheinung treten lässt.«¹⁴

14 Foucault 2006b, S. 38f.